NIEDERSCHRIFT StuB/026/2013

über die Sitzung des **Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 20.06.2013 im Kultursaal **der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzender:

Herr Hans-Joachim Dübbelde	

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp	
Herr Ludger Kleideiter	Vertretung für Herrn Andreas Groll
Herr Bernd Kösters	
Herr Thomas Schulze Temming	ohne Ortsbesichtigung
Frau Birgit Schulze Wierling	Vertretung für Herrn Bernhard Kortmann, ohne Ortsbesichtigung, bis Verlauf zu TOP 6. ö.S.
Herr Franz Becks	
Herr Hans-Joachim Spengler	
Herr Ralf Flüchter	
Herr Ulrich Schlieker	Vertretung für Herrn Dr. Rolf Sommer, ohne Ortsbesichtigung

Sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Thomas Walbaum

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Knüwer

Von der Verwaltung:

Frau Michaela Besecke	ohne Ortsbesichtigung
Herr Gerd Mollenhauer	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:20 Uhr
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Herr Dübbelde stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Anregung gemäß § 24 GO NW vom 31. Januar 2013
hier: Verkehrssituation im Baugebiet "Am Wüllen"

Vor diesem Tagesordnungspunkt fand eine Ortsbesichtigung im Wüllen statt. Im Beisein des Antragstellers Herrn Markus Nowak sowie einiger Anwohnerinnen und Anwohner verschaffen sich die Ausschussmitglieder einen Überblick über die Straßen- und Verkehrssituation.

Bei der anschließenden Beratung im Sitzungssaal erklärt sich Herr Becks für befangen. Er begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Dübbelde stellt fest, dass es in Billerbeck kaum Straßen gebe, die so verkehrsberuhigt seien wie die Straße „Am Wüllen“.

Herr Kösters führt aus, dass er zwar die Anwohner verstehen könne, die sich Sorgen um ihre Kinder machten, es hier aber um einen Bereich gehe, in dem nur Schrittgeschwindigkeit gefahren werden dürfe. Von daher sehe er keinen Sinn, eine Änderung herbeizuführen. Es sollte aber eine Geschwindigkeitsmessung durchgeführt werden, bei der die Fahrzeugführer angehalten und angesprochen werden, um ihnen bewusst zu machen, dass es sich um eine Spielstraße handele.

Herr Spengler schließt sich dem mit der Anregung an, zu prüfen, ob zusätzliche Parkplätze im oberen Bereich angelegt werden können. In Spielstraßen dürfe ja nur in den hierfür markierten Flächen geparkt werden.

Herr Walbaum meint, dass man es den Autofahrern nicht so bequem machen dürfe, dass es sich lohne, die Abkürzung durch den Wüllen zu nehmen. Außerdem sollten vielleicht alle Anlieger des Wohngebietes Wüllen in einer Versammlung auf die in einer Spielstraße geltenden Regeln hingewiesen werden.

Herr Kösters merkt an, dass er dies dem Antragsteller bei der Ortsbesichtigung bereits geraten habe.

Herr Flüchter meint, dass durch zusätzliche Schikanen keine Verbesserung herbei geführt werde.

Herr Dübbelde schlägt vor, dass die Verwaltung die Markierung zusätzlicher Parkplätze prüfen sollte. Vielleicht könnte auch der Bitte einer Anwohnerin, Schilder in Höhe des Spielplatzes aufzustellen, nachgekommen werden.

Herr Mollenhauer wirft ein, dass geprüft werden müsse, ob im verkehrsberuhigten Bereich zusätzliche Hinweisschilder auf Spielplätze aufgestellt werden dürften.

Herr Knüwer geht davon aus, dass mit baulichen Veränderungen keine Reduzierung der Geschwindigkeit erreicht werde. Vielmehr sollten Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden, diese täten den Leuten am ehesten weh.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob mit einfachen Mitteln zusätzliche Parkplätze markiert werden können und ob Hinweisschilder auf den Spielplatz aufgestellt werden können. Des Weiteren soll die Polizei gebeten werden, Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

Herr Brockamp merkt an, dass den Anwohnern der heute gefasste Beschluss mitgeteilt werden müsse.

2. Entwicklung eines Windparks östlich von Kentrup
hier: Ergebnis der Anliegerbefragung

Herr Dübbelde verweist auf die Vorberatung im Bezirksausschuss. Dieser habe beschlossen, die Entwicklung eines Windparks östlich von Kentrup nicht weiter zu verfolgen, weil sich die Anwohner mehrheitlich dagegen ausgesprochen hätten.

Nach kurzer Erörterung schließt sich der Ausschuss dem Vorschlag des Bezirksausschusses an und fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:
Das Konzept zur Entwicklung eines Windparks östlich von Kentrup wird nicht weiter verfolgt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. 35. Änderung des Flächennutzungsplanes
hier: Erarbeitung eines Planentwurfes zur Darstellung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen in Billerbeck

Frau Besecke erläutert unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage für den Bezirksausschuss den Sachstand.

Auf Wunsch von Herrn Knüwer wird die Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde zur Konzentrationszone „Höpinger Berg“ dieser Niederschrift beigefügt (**Anlage 1).**

Auf Nachfrage von Herrn Schlieker zum Landschaftsschutzgebietsstatus erläutert Frau Besecke, dass es für den Bereich Rosendahl schon einen Landschaftsplan gebe.
Wenn die Untere Landschaftsbehörde im Rahmen des Flächennutzungsplanverfahrens keinen Widerspruch einlege und der Bebauungsplan

Rechtskraft erlangt habe, dann trete der Landschaftsplan zurück, so dass es sich nicht mehr um Landschaftsschutzgebiet handele.
Auf Billerbecker Seite gelte dagegen noch die alte Landschaftsschutzgebietsverordnung, die ein Bauverbot vorsehe. Der Landschaftsplan sei aber auch für das Billerbecker Gebiet in Bearbeitung, das Beteiligungsverfahren erfolge voraussichtlich im Herbst. Wie die genauen Formulierungen aussehen werden, müsse abgewartet werden. Es werde aber davon ausgegangen, dass es im Landschaftsplan auch ein Bauverbot geben werde. Die Untere Landschaftsbehörde müsse dann mögliche Ausnahmen formulieren.

Herr Flüchter führt an, dass bereits ein Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan erarbeitet wurde. Hierin seien Bereiche für die Windenergienutzung ausgeschlossen worden. Er erkundigt sich, ob die Regionalplanung Ausnahmen hiervon zulassen und evtl. Bereiche für die Windenergie ausweisen würde, die im Fachbeitrag ausgeschlossen waren.

Frau Besecke teilt mit, dass die Suchräume ähnlich seien. Wie der anschließende Abwägungsvorgang ende, könne man heute noch nicht sagen.

Herr Knüwer weist darauf hin, dass lt. Windenergieerlass 2% der Fläche eines Stadtgebietes der Windkraft zur Verfügung gestellt werden müsse und erkundigt sich, wie viel Fläche in Billerbeck denn noch neben dem Windfeld Osthellermark ausgewiesen werden müsse.

Frau Besecke erläutert, dass seitens der Gerichte die Auffassung vertreten werde, dass der Windenergie substantiell Raum gegeben werden müsse und die Größe der Fläche für jede Kommune unterschiedlich sei. Wichtig sei, dass das Gesamtkonzept stimmig sei. Sie gehe aber davon aus, dass die Fläche Osthellermark nicht ausreiche, um der Windkraft substantiell Raum zu geben.

Herr Schlieker macht deutlich, dass er ein bisschen neidisch nach Nottuln blicke, nachdem er in der Zeitung gelesen habe, wie dort mit der Ausweisung von Windeignungsbereichen umgegangen werde. Hier in Billerbeck fehle ihm, dass sich die Verwaltung nicht von sich aus auf die Suche nach Windeignungsgebieten gemacht habe. Sowohl im Bereich Steinfurter Aa als auch in den Bereichen Kentrup und Risauer Berg seien Investoren und/oder Bauwillige auf die Verwaltung zugekommen. Die Verwaltung sei passiv gewesen und habe immer nur reagiert. Er vermisse seit Jahren die Offenheit, die in Nottuln praktiziert werde. Das sei schade, weil in Billerbeck das Potential evtl. vorhanden sei.

Frau Besecke weist darauf hin, dass in Billerbeck relativ früh und noch vor Fukushima mit der Planung begonnen wurde. Bei der ersten Bürgeranhörung seien nur 7 Bürger anwesend gewesen. Die Nottulner stünden erst am Anfang des Verfahrens. Im Prinzip wäre es ideal, wenn die Verwaltung Flächen vorgebe, diese dann überplane und ausweise. Das habe dann u. a. aber auch zur Folge, dass die Stadt selber das Artenschutzgutachten in Auftrag geben müsse.

Herr Knüwer bestätigt, dass sich die Stadt schon vor Jahren auf den Weg gemacht und den landschaftsökologischen Fachbeitrag in Auftrag gegeben habe. Problem sei, dass eigentlich keine Flächen für die Windenergie gefunden wurden.

Herr Kösters stellt heraus, dass es doch besser sei, wenn die Bürger beteiligt würden und nicht wie in Nottuln einfach Bereiche überplant werden und Fremdinvestoren zum Zuge kämen.

Frau Schulze Wierling unterstreicht ebenfalls, dass in Billerbeck Bürgerwindparks und keine Fremdinvestoren gewollt seien.

Herr Becks macht deutlich, dass der Rat das Planungsrecht durchzuführen habe, unabhängig von irgendwelchen Wünschen. Herrn Schlieker weist er darauf hin, dass in Billerbeck doch selbstverständlich auch die Bürger beteiligt worden seien.

4. 1. Änderung des Bebauungsplanes "Sandbreide/Josefstraße" hier Vorstellung eines Plankonzeptes

Herr Dübbelde erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil. Den Sitzungsvorsitz übernimmt der stellv. Vorsitzende Herr Brockamp.

Frau Besecke erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage und stellt die Planung vor.

Herr Becks bezeichnet es als schlüssig und auch konsequent, ins Planverfahren einzusteigen.

Herr Schlieker sieht die Planung als einen weiteren Schritt in Richtung Verdichtung der Innenstadt.

Herr Kösters wirft die Frage auf, warum nicht zuerst eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werde.

Frau Besecke führt aus, dass die angrenzenden Bürger bereits befragt wurden und im Planverfahren jeder Bürger noch einmal die Möglichkeit habe, Einwendungen zu erheben.

Herr Spengler erklärt, dass er dem Verwaltungsvorschlag zustimme. Es sei gut, dass die direkten Nachbarn schon befragt wurden und nur ein Baukörper errichtet werden soll, der zudem von der Straße abrücke.

Herr Brockamp vermisst eine optische Darstellung der Planung unter Berücksichtigung der Höhen der Nachbargebäude.
Außerdem habe er gehört, dass es Widerstände bei den Nachbarn geben soll. Er wolle wissen, wer von den Anwohnern befragt werden müsse und

wer nicht.

Frau Besecke teilt mit, dass dem Antragsteller aufgegeben wurde, die drei hauptbetroffenen Nachbarn zu befragen. Es sei nicht üblich, im Rahmen eines Planverfahrens die Anlieger anzuschreiben. Im Rahmen der Offenlage könne sich jeder Bürger äußern. Eine Darstellung der Höhen sei ziemlich aufwendig, weil die Höhen durch eine Vermessung ermittelt werden müssten.

Beschlussvorschlag für den Rat:
Die Verwaltung wird beauftragt, die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Sandbreide/Josefstraße“ entsprechend des vorgestellten Konzeptes vorzubereiten. Parallel wird ein städtebaulicher Vertrag zur Kostenübernahme geschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

Herr Dübbelde übernimmt wieder den Sitzungsvorsitz.

5. Aktualisierung und Fortschreibung des Radwegebauprogramms des Kreises Coesfeld

Herr Walbaum hält es für erforderlich, mit aller Kraft und Intensität für den Radweg nach Darup zu kämpfen. Mit dem Radweg sollte unbedingt begonnen werden, ggf. müsse eine Lücke offen bleiben, wenn der Grunderwerb nicht möglich sei. Es dürfe nicht erst wie bei dem Radweg Richtung Havixbeck zu einem schweren Unfall kommen.

Herr Mollenhauer macht deutlich, dass zurzeit keine Chance bestehe, die erforderlichen Flächen zu erwerben. Im Übrigen würde es sich nicht nur um eine kurze Lücke handeln, hiervon sei fast der gesamte Weg betroffen.

Beschlussvorschlag für den Rat:
Die Stadt Billerbeck wünscht weiterhin die Anlegung des Radweges an der K 13 von Billerbeck in Richtung Darup. Sobald der Grunderwerb möglich ist, soll dieser Radweg realisiert werden.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Flurbereinigung Langenhorst/Temming
hier: Sachstandsbericht und Vorstellung des fortgeschriebenen Wege- und Gewässerplanes

Herr Mollenhauer verweist auf die Vorberatung im Bezirksausschuss.

Nach kurzer Erörterung über den Einwand von Herrn Schlieker, ob der neue Radweg im Bereich Janning und Zumbusch tatsächlich geschottert werden muss, fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:
Dem im Bezirksausschuss vorgestellten Wege- und Gewässerplan sowie dem vorgestellten Wegeausbau wird zugestimmt.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Mitteilungen

7.1. Bewilligungsbescheid für die Sanierung der Rathausfassade - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass der Bewilligungsbescheid für die Sanierung der Rathausfassade eingegangen sei. Der Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten habe damals festgelegt, dass die Arbeiten nach Bewilligung der Fördermittel ausgeschrieben werden sollen. Bei der Fördermaßnahme seien enge Fristen gesetzt und die nächste Sitzung finde erst nach den Sommerferien statt. Die meisten Auftragsvergaben lägen im Zuständigkeitsbereich der Bürgermeisterin. Lediglich die Vergabe der Malerarbeiten müsste im Zuge einer Dringlichkeitsentscheidung vergeben werden.

7.2. Bericht über den Stand der Planungen im Wüllen - Frau Besecke

Frau Besecke teilt mit, dass die Planung eines Mehrgenerationenhauses vom Grundstückseigentümer im Wüllen nicht weiter verfolgt werde.

Bzgl. der 8. Änderung des Bebauungsplanes Wüllen hätten sich die Eigentumsverhältnisse auf dem Grundstück geändert. Es werde davon ausgegangen, dass die Planung nach den Sommerferien vorgestellt werde.

8. Anfragen

8.1. Zugang zum Berkelwanderweg - Herr Walbaum

Herr Walbaum bittet das Niveau im Bereich des Zuganges zum Berkelwanderweg von der Umgehungsstraße Helker Berg (Düpmann) auszugleichen.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

8.2. Zuwege zum Bahnradweg - Herr Spengler

Herr Spengler verweist auf die Zusage, die Zuwege zum neuen Bahnradweg ordnungsgemäß wieder herzustellen. Auf Darfelder Seite bis zur Brücke am gelben Haus sei das auch gut gemacht worden. Danach sei in Richtung Ewigkeit nur noch grobes Schotter aufgebracht worden. Er wolle wissen, ob auch diese Wege noch vernünftig hergestellt werden. Der jetzige Schotter halte die Radfahrer davon ab, in Richtung Billerbeck zu fahren.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass es sich bei dem Bereich um Rosendahler Gebiet handele und sagt zu, mit Rosendahl Kontakt aufzunehmen.

8.3. Regionalplan - Herr Flüchter

Auf mehrere Nachfragen von Herrn Flüchter berichtet Frau Besecke über den Stand des Regionalplanes. Dabei verweist sie auch auf die Niederschrift über die Sitzung des Bezirksausschusses am 13.06.2013 (TOP 5.1 ö. S.).

8.4. Defekte Laterne und schlechter Wegezustand zwischen dem Dreitelkamp und dem Berkelwanderweg - Herr Brockamp

Herr Brockamp erinnert an seinen Hinweis auf eine defekte Laterne zwischen dem Lärchenweg und der Berkel.

Des Weiteren habe Herr Spengler schon einmal auf den noch immer nicht in Ordnung gebrachten Weg zwischen dem Dreitelkamp II und der Berkelaue hingewiesen.

Herr Spengler weist darauf hin, dass diesbezüglich verwaltungsseitig ein Treffen vor Ort vorgeschlagen worden sei.

Jochen Dübbelde	Karl-Heinz Brockamp	Birgit Freickmann
Vorsitzender	stellv. Vorsitzende	Schriftführerin

(zu TOP 4 ö.S.)